

# Der Holzarbeiter

Ausgabe

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 9

Köln, den 26. Februar 1932

33. Jahrg.

## An die christliche Arbeiterschaft!

Völker und Staaten, die ganze Menschheit erzittert unter den Wehen eines gewaltigen Umwälzungsprozesses. Die Keime der Umwälzung liegen in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Vorkriegszeit. Durch Übersteigerung der Bedeutung der Wirtschaft hat sie zu Unordnungen geführt, die auch den Bestand des deutschen Volkes bedrohten.

Im deutschen Volke waren aber starke positive Kräfte wach, die gegenüber radikalen Strömungen eine organische Umordnung des Volkslebens gewährleisten konnten. Einer radikalen, sozialistischen Arbeiterschaft stand eine christliche Arbeiterschaft gegenüber. Sie führte den Aufstiegs- und Freiheitskampf der Arbeiterschaft gegenüber den Härten des kapitalistischen Systems. Sie führte ihren Kampf aber nicht gegen den Bestand des Volkes, sie führte ihn um die organische Einordnung aller Volksgruppen in eine nationale und soziale Volksordnung.

Dann kam der Krieg mit seinem gewaltsamen Einbruch in jede angebahnte Volksentwicklung. Es kam der unheilvolle Ausgang des Krieges mit seinem brutalen „Friedensvertrag“ für unser tapferes Volk, das einer erdrückenden Mehrheit weichen mußte.

Dreizehn Jahre ertrug das deutsche Volk den namenlosen Druck des Versailler Diktates. Seine Volkskraft wurde ausgehöhlt. Ganze Volksschichten versanken, andere verarmten. Andere übersteigerten sich in der Pflege einer wirtschaftlichen Scheinblüte, deren Rückschlag den Zerlegungsprozeß des Volkes noch fördern mußte.

Der Rückschlag kam. Mehr denn sechs Millionen deutscher Volksgenossen sind dem grausamen und gefährlichen Schicksal der Arbeitslosigkeit verfallen. Die Not des deutschen Volkes ist aufs höchste gestiegen.

### Not aber ist der Boden des Radikalismus.

Bürger und Bauern, die ihr Vermögen verloren, Militärs und Beamte des alten Deutschlands, denen Geltung und Glanz verblähten, Studenten, deren Zukunft gefährdet, Kleinbürger, deren Behaglichkeit gestört, Jugend, die das Kriegsspiel lockt, strömen dem Rechtsradikalismus zu. Und diesem Rechtsradikalismus gilt auch die Hoffnung jener Wirtschaftsführer, denen ein soziales Deutschland das Herrenrecht zu rauben droht.

Große Massen der Arbeiterschaft aber, denen die soziale Not, die Not der Arbeitslosigkeit jede Hoffnung für die Zukunft rauben, stürzen sich dem Linksradikalismus in die Arme.

Zwischen diesen beiden Radikalismen, zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, schwankt das deutsche Volksschicksal. Beide versprechen dem gepeinigten deutschen Volke für die Zukunft glückhafte Zustände.

Der Kommunismus verspricht das Paradies menschlicher Gleichheit, wie es der alte marxistische Glaube seit Jahrzehnten versprochen. Die christliche Arbeiterschaft hat diesen utopischen Wahn seit Anbeginn bekämpft. Das russische Beispiel gibt ihr recht. Bolschewistische Methoden nach asiatischem Muster in Deutschland bedeuten nicht nur den Untergang der deutschen Arbeiterschaft, sie bedeuten den Untergang des deutschen Volkes.

Aber auch den Nationalsozialismus lehnt die christliche Arbeiterschaft ab. Der Nationalsozialismus gebärdet sich als nationaler Aufbruch des deutschen Volkes. Die christliche Arbeiterschaft braucht für ihren nationalen Lebenswillen den Nationalsozialismus nicht als Wecker. Sie war national immer wach. Ihr nationales Bekenntnis zu einem geeinigten, freien deutschen Volkstum wächst aus ihrer christlichen Weltanschauung. Und je brutaler fremder Machtwille das deutsche Volk niederzuhalten sucht, um so treuer wird die christliche Arbeiterschaft das Banner deutscher Volksfreiheit tragen.

Freudig bejaht sie auch den nationalen Willen anderer Volksgruppen. Allerdings darf sich dieser nationale Wille nicht im Geschrei der Straße, nicht im Niederbrüllen und Niederschlagen anderer Volksgruppen erschöpfen. Er darf sich auch nicht erschöpfen in Waffengeklirr und im Absingen blutrünstiger Lieder.

Das Nationalbewußtsein, das die christliche Arbeiterschaft im ganzen deutschen Volke lebendig sehen möchte, ist der Wille, sich als einheitliches, schaffendes Volk der Arbeit gleichberechtigt im Kreise aller Völker der Welt zu behaupten. Dieses Bewußtsein nährt die christliche Arbeiterschaft aus ihrer christlichen Weltanschauung, die ihr festes Richtbild ist für alle Erscheinungen des menschlichen Lebens.

Dieses feste Richtbild fehlt dem Nationalsozialismus. Wo er geistige Richtlinien aufstellt, verletzt er christliches Gefühl. Sein Rassen-glaube ist unchristlich. Die christliche Arbeiterschaft hat die marxistische Auffassung leidenschaftlich bekämpft, daß alle Kultur nichts als Ausstrahlung der Wirtschaft ist. Genau so lehnt sie die nationalsozialistischen Theorien ab, die verkünden, daß wahre Kultur abhängig sei vom Blut der nordischen Rasse. Beide Ideen sind Religionserfaß. Die christliche Arbeiterschaft lehnt sie als unchristlich und geistesunwürdig ab.

Das äußere Gebaren des Nationalsozialismus, seine Gewaltanwendungen, die dem Terror des Kommunismus gleichkommen, sind barbarisch und stehen im Gegensatz zu jeder christlichen Lebensform.

Der Nationalsozialismus gefährdet vor allem die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft. Auch die christliche Arbeiterschaft ist sich klar, daß der heutigen Staatsordnung Mängel anhaften, daß sie soziale Ungerechtigkeiten einschließt, die möglichst schnell beseitigt werden müssen. Aber die heutige Staats- und Volksordnung ist ein Ansatzpunkt zur künftigen nationalen und sozialen Volksordnung, die zu schaffen Aufgabe aller Volksschichten ist. Der Nationalsozialismus will den Weg zu dieser Zukunftsordnung gewaltsam zerstören. Sein täglicher Schrei nach „Änderung des Systems“ geht auf die Zerstörung aller Ansatzpunkte des sozialen Volksstaates. Sein Ziel ist die Diktatur des brutalen Machtgedankens. Und hinter ihm stehen starke Kräfte der Reaktionskräfte erhoffen. Als Vorarbeit sucht der Nationalsozialismus schon jetzt durch Zellenbildung in den Betrieben die Kraft der Gewerkschaften auszuhöhlen. Parteipolitische Zellen sollen zielbewusste Berufs- und Gewerkschaftsarbeit zerstören und zerlegen.

Die Diktatur des Nationalsozialismus, dem die „Massen“ nur Mittel zur Erreichung der Macht sind, würde die Arbeiterschaft wieder in ein Hörigkeitsverhältnis zurückwerfen, das der Kampf der Arbeiterbewegung eben erst gebrochen hat. Diese Erkenntnis weisen auch der christlichen Arbeiterschaft ihren Platz an.

Schon haben sich starke Kräfte der Arbeiterschaft und auch des Bürgertums zu Abwehrformationen gesammelt. Den Kampfformationen des Nationalsozialismus stehen Bereitschaften des Volkes gegenüber, die zur Abwehr jeder illegalen Machtergreifung und Machtführung entschlossen sind.

Die christliche Arbeiterschaft bejaht den Volkswillen, zur Abwehr jeder Diktatur. Sie selbst steht in eigener geschlossener Front gegen kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturwillen.

**Ihr Kampf gilt der Freiheit der Arbeiterschaft.**

**Ihr Kampf gilt der Freiheit der christlichen Kultur und Lebensform.**

**Ihr Kampf gilt der nationalen Freiheit des deutschen Volkes.**

**Ihr Kampf gilt der Sicherung einer zukünftigen sozialen Volks- und Wirtschaftsordnung, die aus der freien Entfaltung und sinnvollen Zusammenarbeit der Berufe und Stände erwächst.**

Für die Verteidigung dieser Zukunftsentwicklung setzt sich die christliche Arbeiterschaft mit allen körperlichen und geistigen Kräften ein. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist überzeugt, daß alle Glieder der Bewegung in dieser verantwortungsvollen Zeit in letzter Treue ihre Pflicht tun.

**Es geht um Leben und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft.**

**Es geht um Leben und Freiheit des deutschen Volkes.**

**Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands**

## Weltwirtschaftswirren.

Dauer und Ausmaß der Weltkrise sind scheinbar noch weiterer Steigerung fähig. Es wurde zwar wiederholt der Tiefpunkt der Wirtschaftsentwicklung als erreicht bezeichnet. Die Propheten haben sich offensichtlich sehr geirrt. Die Entwicklung ging weiter rückwärts. An Versuchen und Maßnahmen hat es nicht gefehlt, um eine Besserung der Gesamtlage herbeizuführen, aber es liegt eine Tragik darin, daß durch eine ganze Reihe dieser Maßnahmen das Gegenteil einer Besserung herbeigeführt wurde. Die Wirkungen verspüren wir deutlich in der deutschen Wirtschaft und beobachten ähnliche Entwicklungen im Auslande.

Vor noch nicht langer Zeit galt der Binnenmarkt wenig, der Außenhandel aber alles. Die Interessen des ersteren wurden hintangestellt, diejenigen des letzteren bevorzugt. Im Augenblick herrscht beinahe die entgegengesetzte Tendenz. Es gibt durchaus ernst zu nehmende Leute, die die völlige Abriegelung Deutschlands vom Weltmarkt als die einzige Möglichkeit der Rettung bezeichnen. Autarkie, die sich selbst genügende Volkswirtschaft, bedeutet gegenüber der früheren handelspolitischen Einstellung das andere Extrem. Wir haben früher schon gegen die bevorzugte Behandlung des Außenhandels bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen Stellung genommen und müssen uns jetzt auch gegen die bereits schlagwortmäßigen Autarkiebestrebungen wenden. In Deutschland scheint allein der Superlativ zu herrschen. Immer heißt es von der oder jener Richtung oder Wirtschaftsdece, sie sei die einzige, einzig mögliche, die noch Rettung bringen könne. Es gibt für viele kaum noch eine Synthese, die doch für eine unserer Lage entsprechende Wirtschaftspolitik die richtige Linie bedeutet. „Sowohl als auch“ wäre darum die deutsche wirtschaftspolitische Lösung.

Ein gesunder heimischer Markt bildet die breite Grundlage unserer gesamten Volkswirtschaft. Eine starke deutsche Ausfuhr ist aber aus den verschiedensten Gründen unentbehrlich. Wir sind trotz aller Bemühungen unserer Landwirtschaft gezwungen, einen Teil unseres Nahrungsmittelbedarfs vorläufig noch aus dem Auslande zu beziehen, zum anderen brauchen wir unentbehrliche Rohstoffe für wichtige Industriezweige aus dem Auslande: Erze für die Eisenindustrie, Baumwolle, Wolle, Seide und Jute für die Textilindustrie, Kupfer und Zinn für die Metallindustrie und nicht zuletzt Rohgummi für die große Industrie der Gummwaren. Hinzu kommt, daß nach den kürzlichen Feststellungen des Baseler Ausschusses Deutschland für 1932 1600 bis 1800 Millionen Reichsmark zur Verzinsung und Tilgung seiner kurzfristigen ausländischen Kapitalaufnahmen braucht. Auch diese großen Kapitalbeträge können bei aller Einschränkung der Einfuhr nur durch Ausfuhr aufgebracht werden. Infolgedessen ist die Ausfuhr trotz ihres verhältnismäßig geringen zahlenmäßigen Ausmaßes praktisch für die deutsche Volkswirtschaft von größter Bedeutung.

Alle Wirtschaftspolitik hat auf diese Sachlage Rücksicht zu nehmen und muß sich vor Übertreibungen hüten. Unsere Zollpolitik zum Schutz der heimischen Landwirtschaft bedeutet nicht nur eine Sicherung des landwirtschaftlichen Berufsstandes, sondern auch eine Belastung der anderen Volksschichten. Die deutschen Agrarzölle haben eine groteske Höhe erreicht, daß sie die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse so gut wie gänzlich verhindern müßten, wenn nicht das Auslande immer noch Wege finden würde, die deutschen Preise trotz

der Zölle zu unterbieten. Eine andere Wirkung aber wird ausgelöst. Je schwieriger dem Auslande der Export seiner Erzeugnisse gemacht wird, um so hartnäckiger verschließt dasselbe sich den deutschen Waren. Vorkommnisse aus jüngster Zeit beweisen das mit aller Eindringlichkeit. Die nach der Inflation mit großen Mühen aufgebauten Handelsverträge mit anderen Ländern bilden fast keine handelspolitische Basis für den Warenverkehr mehr. Einige dieser Verträge sind gekündigt, andere so durchlöchert, daß man kaum noch von solchen sprechen kann. Eine neuere Art, Handelsverträge unwirksam zu machen, ist die Kontingentierung der zur Einfuhr zugelassenen Warenmenge. Dabei verfahren die Einzelstaaten so, daß sie nur die Waren kontingentieren, die für ihre heimische Wirtschaft besonders geschützt werden sollen. Wir kontingentieren die Holzeinfuhr, Frankreich tut dasselbe und setzt gleich auch eine Höchstmenge einzuführender Möbel fest. Eisen und Stahl, Kohlen und Erz, Tabak und Parfüm, alles wird man hier oder da kontingentieren. Der Willkür oder Aneignung gegen diese oder andere Erzeugnisse ist Tür und Tor geöffnet, weil oft die Kontrolle über die Menge des aus- oder einzuführenden Gutes so außerordentlich schwer, ja vielfach unmöglich ist. Die Beschwerden der Exporteure und Importeure werden nicht ausbleiben und am Ende zu einem Hexensabbat von Derwicklungen führen, die leicht auch zu politischen Folgen führen können.

Worin liegt die Ursache dieses wirtschaftlichen Durcheinanders? Das Wirtschaftsgezet, nach welchem das einzelne Land nur soviel ausführen kann, als es bereit und fähig ist, einzuführen, wurde gröblich verletzt. Die uns auferlegten Tribute haben zu der jetzt vorhandenen weltwirtschaftlichen Desorganisation geführt. Durch die Tributlast zwang man uns, mehr auszuführen, als wir andererseits aufzunehmen in der Lage waren. Schulden können, international gesehen, nur in Waren gezahlt werden. Wenn das Auslande Tributzahlungen von uns verlangt, die wir also nur in Waren leisten können, sich aber gegen die Aufnahme dieser Waren sperrt, dann geht die Rechnung nicht auf. Die Folgen der Schwierigkeiten treten allerwärts zutage. 17 Länder haben die Goldwährung aufgegeben, mehr als ein Duzend andere mußten ihre Währung unter die Goldparität sinken lassen. Die Hoffnungen, die daran bezüglich des Außenhandels geknüpft wurden, haben sich allerdings nicht erfüllt, aber innenwirtschaftlich gesehen wirkten diese Maßnahmen als Ventil und in der Richtung einer Autarkie.

Auf diesem Wege ist die deutsche Währung nicht gefolgt. Der Kanzler und die für die Währung verantwortlichen Stellen haben ihren Willen, die Währung zu halten, wiederholt öffentlich erklärt. Wir können uns nur damit einverstanden erklären, denn wir wissen, daß Währungsverschlechterungen Folgen zeitigen, die uns aus der Inflation nur zu deutlich in der Erinnerung haften. Wenn innenwirtschaftlich die notwendigen Erleichterungen herbeigeführt werden, eine Aufgabe, die im Hinblick auf die Einkommensminderung die Arbeiterschaft auf allen Gebieten erwarten muß, kann es gelingen durchzuhalten, bis wirtschaftliche Vernunft in der Welt wieder obliegen wird. Angefangen von der Botschaft des amerikanischen Präsidenten Hoover im vorigen Jahr bis zu der leider von Frankreich vereitelten Reparationskonferenz im Januar, haben Politiker und Wirtschaftler große Anstrengungen gemacht, um das weltwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Den Störungsherd hat man richtig erkannt in der verzweifeltsten Lage unseres Landes, die durch die Tributzahlungen verursacht ist. Trotz des Scheiterns der Januarkonferenz wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es trotz der

vorhandenen Widerstände bald gefingt, durch Beseitigung der Tribute eine neue weltwirtschaftliche Vertrauensbasis zu schaffen, die zum Wendepunkt des heutigen Wirtschaftslebens werden kann, wenn rasch und schnell geschieht, was notwendig ist, ehe es zu spät ist.

## Lohn- und Tarifbewegung.

**Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für das bayerische Holzgewerbe.** Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vom 5. Februar 1932, wurde der Landestarifvertrag für das bayerische Holzgewerbe vom 26. März 1931 nebst Anhängen und Lehrlingsbestimmungen sowie der Lohn tarif vom 17. Dezember 1931 für allgemeinverbindlich erklärt.

## Rundschau.

**Wichtige Anschriftenänderung.** Im Interesse unserer Leser teilen wir mit, daß unser Deutscher Versicherungskonzern, dem die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft und die Deutsche Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft angeschlossen sind, vor kurzem sein neues Verwaltungsgebäude in Berlin-Wilmersdorf I, Hohenzollerndamm 174—177, bezogen hat. Es empfiehlt sich, die Anschrift genau vorzumerken.

**Genossenschaftliche Winterhilfe.** Die Konsumgenossenschaften haben sich an der Winterhilfe für die Erwerbslosen allerorts nach Kräften beteiligt. So brachten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zehn Konsumvereine des Westens allein die Summe von 106 162,— RM auf. Die Namen dieser Vereine, die alle dem Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, angeschlossen sind, sind folgende: Konsumgenossenschaft „Eintracht“, Köln-Mülheim; Konsumgenossenschaft „Eintracht“, M.-Gladbach; Allgem. Konsum- und Produktiv-Genossenschaft, Rhendt; „Selbsthilfe“ Konsumverein, Mülheim-Ruhr-Speldorf; Konsumgenossenschaft „Selbsthilfe“, Düsseldorf-Reisholz; Konsumverein „Wohlfahrt“, Essen-Altenessen; Konsumverein „Eintracht“, Würselen; Konsumverein Westerwald, Marienberg; Beamten- und Bürger-Konsumverein „Rhein-Main“, Wiesbaden-Biebrich und „Asko“ Allgemeiner Saar-Konsum, Saarbrücken.

Die Unterstützungen sind zu drei Viertel direkt an die erwerbslosen Mitglieder gegeben, zu einem Viertel an die öffentlich anerkannten Sammelstellen abgeführt worden. Den Richtlinien des Reichsverbandes vom November vergangenen Jahres entsprechend, ist die Winterhilfe in der Hauptsache in Waren genossenschaftlicher Herkunft erfolgt.

Die starke Beteiligung der Konsumgenossenschaften an der Winterhilfe ist um so beachtlicher, als die Eigentümer der Genossenschaften die vielen tausende Mitglieder sind, die unter dem Lohn- und Gehaltsabbau selber schwer zu leiden haben und daher auf jede Ersparnis durch ihre Konsumgenossenschaft angewiesen sind.

## Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

### Erleichterungen bei der Bürgersteuer.

Die Bemühungen der Gewerkschaften wegen der Bürgersteuer haben Erfolg gehabt. Das beweist folgende Verordnung vom 11. Februar: „Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze nicht einzubehalten ist, ermäßigt sich der an diesem Tage einzubehaltende Teilbetrag der Bürgersteuer auf die Hälfte. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn bereits wegen Ermäßigung des Landesatzes nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 der Bürgersteuerverordnung auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Der Steuerpflichtige hat jedoch:

1. wenn sein landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches und gärtnerisches Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen unter Zugrundelegung der Einheitswerte zusammen 10 000 RM übersteigt (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 Satz 2 der Bürgersteuerverordnung, § 6 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931 vom 1. Oktober 1931) oder
2. wenn nach den Verhältnissen vom Fälligkeitstage anzunehmen ist, daß der Steuerpflichtige auf Grund seiner gesamten Jahreseinkünfte im Jahre 1932 (das ist der auf ein Jahresergebnis umgerechnete Arbeitslohn des maßgebenden Entlohnungszeitraumes zuzüglich des sonstigen Einkommens) nicht einkommensteuerefrei sein wird,

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 21. bis 27. Februar 1932 ist der 9. Wochenbeitrag fällig.

den Teil der Bürgersteuer, der auf der Steuerkarte angefordert, aber im Hinblick auf die Vorschrift des Abs. 1 vom Arbeitslohn nicht einbehalten worden ist, selbst an die Gemeindekasse zu entrichten.

Diese Verordnung gilt erstmalig für den am 10. Februar 1932 fällig werdenden Teilbetrag der Bürgersteuer.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Köln.** Am Sonntag, den 14. Februar 1932, hielt die Ortsverwaltung Köln ihre diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende Ebert wies bei der Eröffnung auf die Bedeutung der Generalversammlung hin. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, erstattet von den Kollegen Angermaier und Schirmer, ist folgendes von größerem Interesse: Im Kölner Holzgewerbe wirkte sich die Wirtschaftskrise katastrophal aus. Zu Beginn des Jahres 1931 betrug die Arbeitslosigkeit im Kölner Holzgewerbe 60 Prozent, Ende des Jahres 90 Prozent der Beschäftigten. Am schlimmsten setzte die Arbeitslosigkeit in der 2. Hälfte des Jahres 1931 ein, wobei sich insbesondere die Bankenkrise und die Drosselung sämtlicher Behördenaufträge auswirkten. Die Geschäftsbelegung in der Möbelindustrie im 2. Halbjahr wirkte sich in Köln nicht aus, da hier fast keine Möbelindustrie besteht und 95 Prozent aller Möbel von auswärts durch den Kölner Möbelhandel auf den Markt gebracht werden.

Tarif- und lohnpolitisch wurde trotz der großen Arbeitslosigkeit erfolgreiche Arbeit geleistet. Es gelang, die Absichten der Arbeitgeber — Beseitigung der Tarifverträge — zu verhindern. Zu Beginn des Jahres wollten die Arbeitgeber den Stundenlohn von RM 1,29 auf RM 1,15 herabzusetzen. Nach drei Wochen Aussperrung wurde ein Stundenlohn von RM 1,22 vereinbart. Im November kam es zu Kämpfen in der Metallindustrie. Im Holzgewerbe ist der Tariflohn von RM 1,29 auf RM 1,09 die Stunde gesunken. In den übrigen Berufen wurden die Löhne in demselben Ausmaße gesenkt. Angesichts der vorliegenden Verhältnisse ist das Ergebnis der lohnpolitischen Arbeit nicht unbefriedigend. Zum Schluß des Jahres konnten wir feststellen, daß 95 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen zu tarifvertraglichen Bedingungen arbeiten. Ein Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit.

Auf arbeitsrechtlichem Gebiet war es der Geschäftsleitung möglich, die Interessen der Kollegen auf allen Gebieten zu wahren. Bei 35 Kollegen erstritten wir am Arbeitsgericht RM 3100,—. Die Summe, welche für Unterstützungen ausgegeben wurde, beträgt RM 45 000,—, davon RM 22 600,— Streikunterstützung.

Der Kollege Wullen berichtete über die Jugendarbeit im letzten Geschäftsjahr. Der Jugendarbeit wurde sehr große Aufmerksamkeit in der Ortsverwaltung gewidmet. Berufliche Unterrichtskurse und bildende Vorträge auf dem Gebiete der Sozialversicherung sowie Wanderungen in den Sommermonaten bildeten die Grundlage der Jugendarbeit.

Eine Rückschau auf das Jahr 1931 zeigt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr eines der schwierigsten in der Kölner Zahlstellengeschichte war. Durch Einigkeit und Geschlossenheit war es trotz allem möglich, erfolgreich zu wirken. So wie im Jahre 1931 werden wir auch im Jahre 1932 treu und geschlossen zur Organisation stehen.

**Bamberg.** Die hiesige Zahlstelle hielt vor kurzem ihre diesjährige Generalversammlung ab. Eine stattliche Anzahl Kollegen nahm teil. Besonderer Gruß galt dem anwesenden Gauleiter Koll. Erpenbeck. Daß das Jahr 1931 der Ortsverwaltung sehr viel Arbeit brachte, ist im Zeichen der verschiedenen Notverordnungen und des Lohnabbaues leicht begreiflich. Aus dem Jahresbericht konnte man alle Einzelheiten entnehmen. Diesem folgte der Kassenbericht. Dem Kassierer, Koll. Gg. Schütz, dem äußerst eifrigen und pflichtgetreuen Kollegen, wurde nach dem Bericht der Revisoren die einstimmige Entlastung erteilt. Sodann wurde ein kurzer Bericht der letzten Kartellvorstandssitzung gegeben. Hier kamen die verschiedenen Fragen zur Durchberatung: die Wahl zu Ausschüssen hiesiger Körperschaften, neue Unterrichtsabende innerhalb des Ortskartells, die Fortsetzung des Rednerkurses, die Bildung eines Preisprüfungsausschusses, christl. Arbeiterhilfe, Winterhilfe.

Die Neuwahl des Vorstandes brachte das einmütige Vertrauen zur alten Ortsverwaltung zum Ausdruck. Die Wahl erfolgte durch Zuruf.

Gauleiter Erpenbeck betonte in seinem Referate die Treue aller Kollegen und sprach insbesondere den hiesigen Kollegen für ihre Arbeit in der Zahlstelle den herzlichsten Dank im Namen der Zentrale und des Gaues aus. Er wies darauf hin, daß die Löhne und Gehälter durch Notverordnung gekürzt wurden auf den Stand vom Jahre 1927, daß man aber von einer wesentlichen Senkung vieler Lebensmittelpreise nicht viel verspüre. Mit der Bekanntgabe verschiedener Verbandsangelegenheiten beendete Gauleiter Erpenbeck sein Referat. Die harmonisch verlaufene Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Senft, geschlossen mit dem Appell an alle Mitglieder, auch weiterhin dem Verbands treu zu bleiben, allen Notzeiten und Gegnern zum Trost.

Bei dem im Anschluß an die Generalversammlung stattgefundenen gemütlichen Beisammensein mit Familienangehörigen wurde Koll. Peter Dürrbeck durch Überreichung der Ehrennadel und eines Diploms seitens des Gauleiters, Koll. Erpenbeck, für 25jährige treue Mitgliedschaft geehrt. Die jungen Kollegen mögen sich den Jubilar zum Beispiel nehmen, dann steht es für den Verband auch in der Zukunft gut. Die hiesige Zahlstelle gedachte des Jubilars durch Überreichung eines kleinen Geschenkes und überbrachte ihm die herzlichsten Glückwünsche. Bei gemütlicher Unterhaltung (des Sängerkwartetts „Gutenberg“, dem verschiedene „Holzer“ aktiv und passiv angehören, und ihres verehrten Dirigenten Zemsch sowie des ausgezeichneten Rezitators Müller sei besonders gedacht) verfloßen nur allzu schnell frohe Stunden, und der allgemeine Ruf nach einer weiteren einfach-schlichten Familienfeier war leicht begreiflich.

Duisburg. Die sehr gut besuchte General-Versammlung bot ein erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Treue und Kampfschlossenheit. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden, Hünten, war zu entnehmen, daß das abgelaufene Jahr eines der schwierigsten für die Mitglieder war. Wachsende Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen sind als besondere Merkmale dieses Jahres zu betrachten, an dessen Ende ein durchschnittlicher Lohnabbau von 25 bis 30 Prozent eingetreten war. Bewundernswert sei aber trotz dieser ungünstigen Verhältnisse der Zusammenhalt in der Mitgliedschaft gewesen, ein Zeichen dafür, daß auch solche Notzustände, verbunden mit dem Ansturm gegen die Gewerkschaften, bei den Holzarbeitern die Erkenntnis der gewerkschaftlichen Selbsthilfe nicht erschüttern konnten.

Der Kollege Trippelsdorf gab, nachdem er unter anerkennenden Worten wieder einem Mitgliede, und zwar Alois Sigka, für 25jährige Zugehörigkeit zum Verbands die Ehrennadel und das Verbandsdiplom überreicht hatte, einen eingehenden Bericht über die gesamte Verwaltungsstelle. Nur 8 Prozent der Mitglieder haben das ganze Jahr hindurch in ihrem Berufe arbeiten können, 37 Prozent waren das ganze Jahr hindurch arbeitslos. Kaum drei Monate haben nur 22 Prozent arbeiten können, 17 Prozent haben die Möglichkeit gehabt, bis 6 Monate und 9 Prozent bis 9 Monate Beschäftigung zu finden. 5 Prozent hatten Beschäftigung in anderen Berufen und Arbeitsmöglichkeiten.

Das rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber und amtlicher Stellen in Lohnfragen machte es notwendig, daß in bedeutend höherem Maße als in früheren Jahren die Rechte der Mitglieder an den Arbeitsgerichten, Versicherungsämtern und sonstigen behördlichen Stellen wahrgenommen werden mußten. Durch das energische Eingreifen des Verbandes war es möglich, die Streitfrage, ob die Schreiner in Baugeschäften bei der Arbeitslosigkeit unter den Begriff „Saisonarbeiter“ fallen, zugunsten unserer Mitglieder zur Entscheidung zu bringen. Als ein betrübendes Kapitel müsse immer noch die Inanspruchnahme der Abzahlungsgeschäfte bezeichnet werden, deren Praxis manche Familien in großes Elend gebracht habe.

Der Kassenbericht zeigte, daß die große Arbeitslosigkeit und was damit verbunden ist auch auf die Finanzgebarung nicht ohne Einfluß blieb. Aber mit Genugtuung wurde festgestellt, daß angesichts dieser Umstände die Leistungen des Verbandes außerordentliche waren.

Die recht rege Aussprache unterstrich die Ausführungen der Berichterstatter. Scharf wurde die Einstellung mancher Stellen, im besonderen bei der Sozialversicherung und dem Wohlfahrtsamt, kritisiert. Die Bedürftigkeitsprüfungen und die Untersuchungen durch die Versicherungsbehörden würden oft in einer Weise vorgenommen, die man als schikanös und verlegend bewerten müsse. Freudig wurde die Mitteilung aufgenommen, daß durch die Verhandlungen der Gewerkschaften mit der obersten Reichsbehörde in gewisser Beziehung die größten Ungerechtigkeiten bei der Erhebung der Bürgersteuer behoben werden sollen.

Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Jugendleiter berichtete über die Arbeit der Jugendgruppe.

Schramberg. Die Generalversammlung befaßte sich mit der wirtschaftlichen Lage der Uhrenarbeiter auf dem Schwarzwald. Schärfster Protest wurde erhoben gegen die Lohnsenkung, die auf Grund der vierten Notverordnung vorgenommen wurde! Die Klausel, die Löhne dürfen nicht unter den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden, ist für die Uhrenarbeiter praktisch illusorisch. Denn durch die wiederholt vorgenommenen Kürzungen der tariflichen Überverdienste liegen die tatsächlichen Löhne 20—40 Prozent unter denen vom Januar 1927. Ferner ist die Spanne zwischen Produzent und Konsument noch ungeheuer groß. Bei einigen Uhren beträgt sie 200, sogar 300 Prozent. Daß bei solchen Zwischenverdiensten die Uhrenindustrie keinen Absatz hat, ist nicht verwunderlich. Wir verlangen, daß hier von staatlicher Seite ein Eingriff gemacht wird! Gefordert wird, daß die Kartelle, Trusts, Syndikate, die dank den Hochschützöllen den Inlandsmarkt monopolistisch beherrschen, einem Preisdiktat des Preiskommissars unterworfen werden. Der Preiskommissar soll mit diesen volkswirtschaftlichen Schädlingen nicht mehr verhandeln, er soll diktieren. Was bedeutet denn bei den Monopolpreisen eine Senkung von 10 Prozent? Hier dürfen ruhig einmal 20—30 Prozent gesenkt werden. Ferner ist eine Senkung der Preisspanne zwischen Erzeugern und dem letzten Verbraucher anzustreben. Der Produzent erhält für seine Ware keinen entsprechenden Preis, und der Konsument muß ungeheure Preise dafür bezahlen. So wird die Kaufkraft der Massen gesenkt, teilweise in solchem Ausmaße, daß die nötigsten Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Einigen wenigen aber wird ein ungeheurer Profit zugeschoben. Hier gibt es Arbeit für den Preiskommissar!!! Damit wäre unserer Volkswirtschaft ein besserer Dienst geleistet wie mit einseitigen Lohnsenkungen.

## Büchermarkt.

Teubners Tabellenbücher: Heft H. Holzgewerbe von Gewerbeoberlehrer J. Flocken, Altona. 2. Auflage. Mit ca. 300 Abbildungen (88 S.) 8°. (Best.-Nr. 9243). Kart. 1,40 RM, bei Bezug von 25 Expl. an 1,20 RM. — Durch D.R.G.M. Nr. 1 058 955 geschützt. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1931.

Im Gegensatz zu anderen Tabellenbüchern bringt das vorliegende Heft in sorgfältiger Beschränkung nur den für Schule und Werkstatt wesentlichen Stoff. Es zeichnet sich aus durch übersichtliche, anschauliche Anordnung. Außer notwendigen Rechentafeln enthält es die gebräuchlichsten geometrischen Konstruktionen, Tafeln über Messung und Inhalt von Rund- und Schnittholz sowie Angaben über die zur Behandlung und Bearbeitung des Holzes erforderlichen Eigenschaften. Außerdem sind beigegeben Tabellen über Halbfertigerzeugnisse (Furniere, Sperrplatten, Fußleisten), Hilfsstoffe, Beschläge und Werkzeuge, Möbel- und Bautischlerarbeiten. Die 2. Auflage ist einer Neubearbeitung unterzogen worden, wobei neben wertvollen Anregungen von Fachleuten die Richtlinien für das Zeichnen der Tischler, aufgestellt von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Lehrer für das Holzgewerbe, berücksichtigt wurden. Besondere Vorzüge sind die handliche Form, die übersichtliche Textanordnung, die Klarheit des Druckes und die haltbare Ausführung. Für die Praxis der Werkstatt ist das Büchlein sehr zu empfehlen.

Die beiden Reden des Vorsitzenden des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter vom 10. Januar und 7. Februar in Essen sind als Broschüren erschienen. Die erste Rede unter dem Titel:

„Für Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt“,

die zweite Rede

„Verstaatlichung des Bergbaues“.

Der Preis beträgt je RM 0,25. Bezug durch die Buchhandlung beim Gesamtverband.

**Intarsien aller Art** Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss im Samstag-Mittag.  
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich angeliefert. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Gebührenden nur Postkonten 7118 Köln.